

China

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
1.338,2 Millionen	Religionslose 39,5%	Buddhisten 13,5%
	Traditionelle, chinesische Religionen 32,1%	Christen 8,6%
		Sonstige 6,3%



60 Jahre Kommunismus

Im Jahr 2009 feierte die Volksrepublik China den 60. Jahrestag ihrer Gründung. Mit der großartigen, kraftvollen Feier, deren Höhepunkt am 1. Oktober die Militärparade auf dem Tiananmen-Platz und längs der Allee des Ewigen Friedens (Changan dajie) war, wollte man die Macht Chinas und sechzig Jahre kontinuierlichen, ununterbrochenen Fortschritts unter der starken, einheitlichen Führung der Kommunistischen Partei Chinas bekunden: Staatspräsident Hu Jintao war bekleidet mit einer maoistischen Kasacke, sein Bild hing neben denen von Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin. Mit keinem Wort wurden Probleme der Vergangenheit oder der Gegenwart erwähnt, die durch die Partei verursacht worden waren (Säuberungen, Verfolgungen, Straflager, Hungersnöte, ...).

In der Begeisterung des Moments wurden alle offiziellen (d.h. die offiziell anerkannten und registrierten) Religionsgemeinschaften aufgefordert, den 60. Jahrestag mit Feiern, Gebeten und Glückwunschbekundungen zu begehen.

2009 brachte aber auch den 20. Jahrestag des Massakers von Tiananmen. Aus Furcht vor Protestkundgebungen oder Unruhen setzte die Regierung verstärkt Maßnahmen wie Inhaftierung oder Zensur, gegen alle Organisationen ein, die tendenziell ihrer Kontrolle entgehen.

De facto wird in China das Recht auf Religionsfreiheit weiterhin verletzt. Die Einschränkungen, die 2008 anlässlich der Olympischen Spiele verstärkt wurden, dauerten 2009 fort. Es wird offenkundig, dass die Behörden die volle Kontrolle über alle religiösen Aktivitäten nicht aufzugeben gedenken. Auch wenn sie auf die Autonomie der Religionsgemeinschaften im patriotischen Rahmen (aiguo, aijiao: Das Vaterland lieben, die Kirche lieben) hinweisen, greifen sie stark in das interne Geschehen dieser Organisationen ein. Im Laufe des Jahres 2009 erfolgten weitere Festnahmen; inoffizielle bzw. Untergrund-

gemeinden wurden geschlossen. Es wurde auch versucht, alle christlich- evangelischen Gruppen und buddhistischen Schulen unter einen Hut zu bringen; man preist die „demokratische“ Führung, die jedoch der vollen Autorität der patriotischen Vereinigungen unterstellt sein muss.

Seit rund 20 Jahren kommt ein staatlicher Gesetzesentwurf über die Religionsfreiheit nicht weiter. Die Regierung zieht es vor, die Religionsfreiheit durch lokale bzw. provinziell gebundene Bestimmungen regeln zu lassen, die jeder auf seine Weise auslegen kann, ohne sich einem auf nationaler Ebene gültigen Regelwerk unterwerfen zu müssen. Ein nationales Gesetz würde auch all den Religionen den Status rechtmäßiger Religionen zuerkennen, die in China präsent sind, aber bis heute nicht anerkannt werden, wie Hinduismus, Orthodoxe Kirche, Judentum, usw. Ihre Aktivitäten sind daher in China bislang illegal. Die Regierung hat bisher offiziell nur den Buddhismus, den Taoismus, den Islam, den Protestantismus und den Katholizismus als Religionsgemeinschaften anerkannt.

Katholische Kirche

Im Jahre 2009 bemühte sich die Kommunistische Partei Chinas vor allem darum, die offiziellen Gemeinschaften von den Untergrundgemeinschaften getrennt zu halten, indem sie die „Pflichten“ der ersten (das Vaterland lieben, keine Beeinflussung aus dem Ausland akzeptieren usw.) hervorgehoben und vermehrt Geistliche festgenommen hatte, die sich der totalen Kontrolle der Patriotischen Vereinigungen (PV) nicht unterwarfen.

Die bedeutendste Persönlichkeit, die festgenommen wurde, ist Msgr. Jia Zhiguo, Bischof der Untergrundkirche von Zhengding (Hebei). Am Nachmittag des 30. März 2009, gegen 16 Uhr, fuhr fünf Polizisten in zwei Autos vor seinem Haus vor, verhafteten den Bischof und brachten ihn an einen unbekannt Ort. Der 74-jährige Bischof leidet unter verschiedenen Beschwerden, die die Folge vergangener Inhaftierungen und seines fortgeschrittenen Alters sind. Seit Jahren wird Msgr. Jia von der Polizei immer wieder festgenommen, isoliert und monatelang von seiner Gemeinschaft ferngehalten. Während dieser Zeit versucht die Polizei, ihn über die Religionspolitik der Partei zu indoktrinieren und drängt ihn, der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Seine Festnahme scheint ein Versuch zu sein, die Initiative des Vatikans zu stoppen, die

darauf abzielt, in der Region Hebei, in der die meisten Katholiken leben, die offizielle Kirche mit der Untergrundkirche zu versöhnen.

Monate zuvor hatte sich Msgr. Jang Taoran, Bischof von Shijiazhuang (Hebei), der Diözese der offiziellen Kirche in diesem Gebiet, mit dem Heiligen Stuhl versöhnt und – auf Anweisung des Vatikans – akzeptiert, mit Bischof Jia Zhiguo zusammenzuarbeiten und sein Koadjutor zu werden. Msgr. Jia sollte dagegen ordentlicher Bischof der Diözese werden, auch wenn er weiterhin in der von der Regierung nicht anerkannten Untergrundkirche verblieb.

Die zwei Bischöfe hatten sich mehrere Male getroffen und begonnen, einen gemeinsamen Pastoralplan auszuarbeiten. Als jedoch die Patriotische Vereinigung diese Anzeichen der Versöhnung bemerkte, zwang sie die Bischöfe, ihre Treffen einzustellen und stellte sie rund um die Uhr unter Polizeiüberwachung. Gläubige berichteten, dass die Polizei Msgr. Jia Zhiguo zu versteinen gegeben hatte, dass „diese Einigung [zwischen den zwei Bischöfen – Anm. der Red.] schlecht ist, denn sie entspringt dem Willen einer ausländischen Macht, und zwar des Vatikans. Soll es zu einer Einigung kommen, dann muss sie über die Regierung und die Patriotische Vereinigung zustande kommen“. Da sich Msgr. Jia geweigert hatte, der Patriotischen Vereinigung beizutreten, begann die Polizei, ihn zu verhöhnen und sagte ihm, dass die Regierung einen anderen Bischof statt seiner einsetzen werde; „es ist für ihn an der Zeit, in den Ruhestand zu treten, da er krank ist“.

Die Festnahme fand zeitgleich mit der Vollversammlung im Vatikan der Kommission über die Kirche in China (30. März – 1. April 2009) statt, an der Kurienmitglieder sowie Bischöfe aus Hongkong, Macao und Taiwan teilnahmen. Die Kommission brachte in ihrem Schlusskommunique „den tiefen Schmerz“ über die erneute Festnahme von Msgr. Julius Jia Zhiguo zum Ausdruck sowie über die Situation anderer Bischöfe und Priester, „die der Freiheit beraubt wurden“.

Msgr. Jia wurde Anfang Juli 2010 wieder frei gelassen, doch werden zwei weitere Bischöfe von der Polizei an einem unbekanntem Ort festgehalten. Der erste der beiden Bischöfe, Msgr. Jakob Su Zhimin (Diözese Baoding, Hebei) (75), wurde 1996 festgenommen und ist seitdem verschollen. Im November

2003 wurde er zwar im Krankenhaus von Baoding gesichtet, wo er unter strenger Polizeikontrolle wegen Herzbeschwerden und Augenleiden behandelt wurde. Doch einige Tage später war er wieder spurlos verschwunden. Der zweite Bischof, Msgr. Cosma Shi Enxiang (Diözese Yixian, Hebei) (86), wurde am 13. April 2001 verhaftet und gilt seitdem als verschollen. Msgr. Shi, der 1982 zum Bischof geweiht wurde, hatte bereits 30 Jahre in Haft verbracht. Das letzte Mal war er im Dezember 1990 verhaftet und 1993 wieder entlassen worden. Er musste dann in Zwangsisolierung leben, bis er wieder festgenommen wurde.

Laut unterschiedlichen Quellen befinden sich auch Dutzende von Priestern der Untergrundkirche im Gefängnis oder in Arbeitslagern. An die zehn Bischöfe der Untergrundkirche sollen in Isolation leben.

Im März 2009 feierte ein Priester aus Dung Lü (Hebei), P. Paul Ma (55), mit einigen Gläubigen der Untergrundkirche die Eucharistie und wurde deswegen verhaftet und an einen unbekannt Ort gebracht. Die christliche Gemeinde macht sich Sorgen um ihn, da P. Ma herzkrank ist und wahrscheinlich in der Haft nicht ärztlich versorgt wird.

Im Juli 2009 wurde P. Chen Hezhao, ein 40-jähriger Priester der Untergrundkirche von Aoxin (Baoding) von der Polizei festgenommen und an einen geheimen Ort überführt. Er war gerade aus Frankreich gekommen, wo er seine Fortbildung absolviert hatte.

Unterdrückung bis in den Tod hinein

Die Ächtung der Bischöfe der Untergrundkirche hört auch mit ihrem Tod nicht auf: Die Regierung verbietet, dass sie bei der Beerdigung als „Bischof“ bezeichnet werden, und setzt alles daran, um die Untergrundgemeinden von den Begräbnisfeiern fernzuhalten.

Am 30. Dezember 2009 starb Msgr. Leo Yao Liang, Weihbischof von Xiwanzi (Hebei), im Krankenhaus, ungefähr ein Jahr nach seiner Freilassung nach beinahe drei Jahren Haft. Er war 86 Jahre alt. Bei seiner Beerdigung versuchte ein großes Polizeiaufgebot, die Gläubigen seiner Diözese (der Untergrundkirche) von der Teilnahme an der Trauerfeier abzuhalten. Doch trotz

der Polizeikontrollen und der Eiseskälte (in China gab es den stärksten Schneefall der letzten 60 Jahre) nahmen mindestens 5000 Gläubige am Begräbnis teil.

Da es sich um das Begräbnis eines Bischofs der Untergrundkirche handelte, der von der Regierung nicht anerkannt worden war, verboten die lokalen Behörden die Verwendung der bischöflichen Insignien bei der Beerdigungsfeier in der Kirche. Der verstorbene Prälat sollte nur als „Pastor Yao“ und nicht als „Bischof Yao“ erwähnt werden. Doch während der Beisetzung auf dem Friedhof von Xiwanzi und auch in den Tagen vor der Beerdigung beteten die Gläubigen stets für „Bischof Yao“. Zeugen zufolge gelang es den Gläubigen, während der Beisetzung die bischöflichen Insignien in seinen Sarg zu legen. Nur drei Priester der Diözese erhielten von der Regierung die Erlaubnis, die Totenmesse zu halten. Den Gläubigen wurde verboten, Todesanzeigen mit Angaben über das Leben des Prälaten zu veröffentlichen und zu verbreiten.

Eine ähnliche Unterdrückung gab es bei der Beerdigung von Msgr. Jakob Lin Xili, dem inoffiziellen Bischof von Wenzhou (Zhejiang), der am 4. Oktober 2009 im Alter von 91 Jahren verstarb. Die Regierung verbot Familienangehörigen und Gläubigen, ein Foto des Verstorbenen aufzustellen, auf dem der Bischof mit Mitra und Brustkreuz abgebildet war. Zudem durfte der Verstorbene nicht im Bischofsgewand aufgebahrt werden. Lokale Quellen berichteten jedoch, dass trotz des Verbots der Behörden die Verwandten vor der Feuerbestattung Msgr. Lin das Bischofsbirett aufgesetzt hatten.

Die Regierung hatte den Bischof der Untergrundkirche, der viele Jahre seines Lebens bei Zwangsarbeit und unter Hausarrest verbracht hatte, niemals anerkannt. Bei der Beerdigung durfte das Wort zhujiao (Bischof) nicht in Bezug auf Msgr. Lin verwendet werden, nur die Bezeichnung mu, d.h. Pfarrer. Msgr. Lin war eine bekannte Persönlichkeit und wurde von beiden Gemeinschaften der Diözese geachtet. Die Diözese zählt rund 120 000 Gläubige; etliche sind unterdessen in andere Regionen des Landes ausgewandert. Die Festnahme von Msgr. Lin im Jahre 1999, dann der Hausarrest, der ihm 2003 auferlegt wurde, und schließlich seine Erkrankung haben dazu beigetragen, dass die Untergrundgemeinde und die offizielle Gemeinde sich wieder angenähert und die starken Spannungen der Vergangenheit überwunden haben.

Aus Angst vor dieser Einheit hatten mindestens 1000 Polizisten die Kirche streng bewacht, in der die Beerdigung stattfand und an der über 20 000 Menschen teilnahmen.

Staatliche Versuche der Kirchenspaltung

Die Patriotische Vereinigung demütigt die Bischöfe und spaltet die Gläubigen. Um in der Öffentlichkeit auftreten und reden zu können, sind die katholischen Bischöfe gehalten, der „Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung“ (PV) beizutreten und deren Ziel gutzuheißen, das darin besteht, eine vom Heiligen Stuhl autonome Kirche zu errichten, was gegen den katholischen Glauben geht.

Der eklatanteste Fall ist der von Msgr. Franz An Shuxin, Koadjutor der Untergrundkirche von Baoding, der 2009 der PV beitrug. Er hatte zehn Jahre Haft in Händen der Polizei verbracht, bevor er am 24. August 2006 freigelassen und unter Hausarrest gestellt wurde.

Laut Quellen aus Baoding hatte sich Msgr. An entschieden, der PV beizutreten, nachdem ihm eine totale Isolierung und die Einsetzung eines anderen Bischofs angedroht worden war, was in der Untergrundgemeinde für Verwirrung gesorgt hätte. Seine Entscheidung – erklärte er AsiaNews in einem Interview – scheint der Versuch zu sein, die Gemeinde und ein Minimum an Pastoralarbeit zu retten, wenn auch unter der Kontrolle der PV. Auch zwei Priester der Untergrundkirche, P. Pang Guangzhao und P. Jiang Yanli, hatten sich, vielleicht aus dem gleichen Grund, entschlossen, der PV beizutreten. Sie wurden sofort freigelassen, während andere Priester aus Baoding weiterhin in Haft sind.

Die gegen Bischof An durchgeführte Erpressung seitens der PV hat zu einer Spaltung der Gemeinde von Baoding (eine der größten Untergrundgemeinden) geführt. Die Entscheidung des Bischofs hat Verwirrung und Bitterkeit unter den Gläubigen und den Priestern hervorgerufen, einige sehen im Bischof einen „Verräter“. Laut unterrichteten Kreisen traut die PV ihrem neuen Mitglied nicht. Deshalb wird Msgr. An Shuxin in allem, was er tut, weiterhin streng kontrolliert. Er muss an Konferenzen und Treffen teilnehmen und wird dort wie eine Trophäe hergezeigt, die den „Sieg“ der PV und die

„Güte“ der Religionspolitik der Regierung beweist.

Eine ähnliche Vorgehensweise – der Bischof wird gezwungen, die Patriotische Vereinigung gutzuheißen, was seine Autorität untergräbt und die katholische Gemeinde spaltet – scheint auch beim Erzbischof von Beijing, Msgr. Joseph Li Shan, im Gange zu sein. Der 45-jährige Li Shan wurde am 21. September 2007 mit Zustimmung des Heiligen Stuhls zum Erzbischof von Beijing geweiht, aber seit Monaten scheint er immer mehr unter die Kontrolle der Patriotischen Vereinigung zu geraten.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Patriotischen Vereinigung und zum 50. Jahrestag der ersten (vom Vatikan) unabhängigen Bischofsweihen hatte der Prälat während Wochen Reden gehalten, in denen er immer wieder für die Politik der PV eingetreten war, die alle auffordert, die „Fahne der Liebe zum Vaterland und der Liebe zur Kirche“ hochzuhalten und an „den Grundsätzen der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung der Kirche“ festzuhalten.

Während der erste Aspekt sich dem nähert, was die Päpste immer unterstrichen haben (gute Katholiken sind auch gute Bürger), beruft sich der zweite Aspekt auf das Prinzip der Trennung der chinesischen Kirche vom Heiligen Stuhl, ein Postulat, das die Patriotische Vereinigung seit jeher vertritt. Gerade dieses Anliegen hatte Papst Benedikt XVI. veranlasst, die Ziele der PV als mit der katholischen Doktrin unvereinbar zu erklären (vgl. Brief Benedikts XVI. an die Katholiken in China, Punkt 7 sowie Fußnote 36).

Um die Situation besser zu verstehen, ist zu erwähnen, dass in den letzten Jahren fast die Gesamtheit der offiziellen Bischöfe sich (im Geheimen) mit dem Heiligen Stuhl versöhnt hatte. Der Brief Benedikts XVI. an die Katholiken in China (27. Mai 2007) hatte diese Tendenz verstärkt und viele von der Regierung anerkannte Bischöfe bewogen, mit den Bischöfen der Untergrundkirche zusammenzuarbeiten.

Aber gerade infolge des Papstbriefes und der wieder gefundenen Einheit der chinesischen Bischöfe haben die Vereinte Front und die Patriotischen Vereinigungen seit Monaten eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, um die offiziellen Bischöfe zum Gehorsam zu zwingen. Die Vereinte Front und die

PV fahren fort, sie vorzuladen und zwingen sie, an Treffen, Symposien, Studientreffen oder politischen Tagungen teilzunehmen, so dass ihnen kaum Zeit bleibt, ihrer Pastoralarbeit nachzugehen. Die Bischöfe haben nicht einmal die Möglichkeit, sich allein unter vier Augen zu treffen. Waren sie bis dahin gezwungen, ein Leben in Einsamkeit zu verbringen – sie waren den Beamten der PV auf Gedeih und Verderben ausgeliefert –, sind sie jetzt gehalten, an gemeinsamen Treffen teilzunehmen und sie unterliegen der Kontrolle und der Gehirnwäsche seitens der Vereinten Front und des Büros für religiöse Angelegenheiten.

Nach Meinung von Kardinal Joseph Zen, dem emeritierten Bischof von Hongkong, hat die chinesische Regierung begonnen, die offizielle Kirche zu verfolgen.

Unerlaubte Bischofsweihen

Zu einem schweren Rückschlag in den Beziehungen des Vatikans zum chinesischen Staat kam es im November 2010. In der Stadt Chengde in der Provinz Hebei wurde Joseph Guo Jincai zum Bischof geweiht, und zwar gegen den ausdrücklichen Wunsch des Vatikans. Das war die erste unerlaubte Bischofsweihe seit 2006. Acht Bischöfe, die in Gemeinschaft mit dem Heiligen Vater stehen, waren von den staatlichen Behörden gezwungen worden, an der Weihezeremonie teilzunehmen. Der Vatikan verurteilte die Aktion und sprach von einer „schmerzhaften Wunde für die kirchliche Gemeinschaft“ und einem „schweren Verstoß gegen die Kirchendisziplin“. Der Papst rief die Katholiken weltweit auf, für die Kirche in China zu beten, die „derzeit besonders schwierige Momente erlebt“.

Neue Führung in staatlicher Kirchenstruktur

Nachdem sie mehrmals verschoben worden war, fand im Dezember 2010 die Vollversammlung der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung statt, auf der zwei wichtige Schlüsselpositionen neu besetzt wurden, die längere Zeit vakant gewesen waren. Bischof Fang Xinyao aus Linyi wurde zum Präsidenten der Patriotischen Vereinigung gewählt, Bischof Joseph Ma Yinglin aus Kunming zum Vorsitzenden der (vom Vatikan nicht anerkannten) katholischen Bischofskonferenz. Beide Bischöfe stehen nicht in Gemeinschaft

mit dem Papst. Der erst im November 2010 gegen den Willen des Vatikans geweihte Bischof Joseph Guo Jincui wurde zum Generalsekretär der staatlich gesteuerten katholischen Bischofskonferenz bestimmt.

Im Vorfeld der Versammlung waren mehrere romtreue Bischöfe von den Behörden mit massivem Druck gezwungen worden, an der Vollversammlung teilzunehmen.

Der Vatikan reagierte auf die Vorfälle mit ungewöhnlich scharfer Kritik und bezeichnete sie als „inakzeptablen und feindseligen Akt“. Dass Priester und Bischöfe vom Staat gezwungen worden seien, an der Versammlung teilzunehmen, sei eine „gravierende Verletzung ihrer Menschenrechte, insbesondere ihrer Gewissens- und Religionsfreiheit“. Für die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der chinesischen Regierung seien die Vorfälle eine schwere Belastung. Außerdem behinderten sie den Prozess der Versöhnung zwischen der staatlichen kontrollierten Kirche und der Untergrundkirche.

Der Weltgebetstag und die Wallfahrt nach Sheshan

In seinem Brief an die Katholiken in China vom Mai 2007 hatte Benedikt XVI. erwähnt, dass er einen Weltgebetstag für die Kirche in China einzuführen gedenke, der am 24. Mai, dem Fest „Maria, Hilfe der Christen“ begangen werden solle. „Maria, Hilfe der Christen“ wird in der Marienkirche von Sheshan, wenige Kilometer von Shanghai entfernt, verehrt.

Absicht des Papstes war, durch das Gebet die Einheit der Kirche in China und die Verbindung mit dem Nachfolger Petri zu stärken. Das Marienheiligtum von Sheshan, das seit über einem Jahrhundert ein beliebter Wallfahrtsort ist, eignet sich bestens dafür, denn es wird von den offiziellen Katholiken wie auch von den Katholiken der Untergrundkirche als Wallfahrtsort anerkannt. Doch nach Einführung des Weltgebetstages seitens des Heiligen Vaters ist es für die Katholiken schwierig geworden, nach Sheshan zu pilgern. Wie schon ein Jahr zuvor, hatte die Polizei auch im Jahre 2009 strenge Verkehrsregeln für den gesamten Monat Mai verhängt. Den Diözesen wurde dringend abgeraten, Pilgerfahrten nach Sheshan zu organisieren. Sogar die Diözese Shanghai – die einzige, die problemlos Zugang zu Sheshan hat – hatte 2009 die Pilgerfahrt auf den 23. Mai verlegt und in einem viel kleineren Rahmen ohne jegliche

Werbung durchgeführt. In den vorangegangenen Jahren waren im Mai bis zu 20 000 Pilger gekommen, 2009 nur noch einige Tausend.

Andere Diözesen hatten es vorgezogen, Wallfahrten zu anderen, näher gelegenen Marienheiligtümern zu organisieren. In der Region Hebei, wo die meisten Katholiken leben, konnten viele Untergrundgemeinden nicht einmal die Messe feiern, da es an Priestern fehlte. Das ist auf die strengen Kontrollen zurückzuführen, die in der Region jede Versammlung verhindern.

Staatliche Kontrolle des Internets

Die Website des Vatikans (www.vatican.va) wurde am 19. März 2009, dem Fest des heiligen Josef, um die chinesische Sprache erweitert, wobei komplexe Schriftzeichen (Taiwan und Hongkong) und vereinfachte Schriftzeichen (Volksrepublik) verwendet werden. Von China aus kann man Nachrichten über den Papst, seine Ansprachen an die Jugend und die Mittwoch-Katechesen lesen, jedoch sein Brief an die Katholiken in China, der im Mai 2007 veröffentlicht wurde, ist nicht abrufbar. In China steht der Brief seit seiner Veröffentlichung auf dem Index und seine Verbreitung ist verboten. Die Websites, die den Brief veröffentlicht hatten, wurden gezwungen, ihn zu löschen. Doch die Zensur hatte nicht viel erreicht, denn der Brief kursierte heimlich unter den katholischen Gemeinden Chinas.

Seit Jahren versucht Beijing, die Nachrichten über China, die in ausländischen Websites erscheinen, in den Griff zu bekommen, indem es sie ganz oder teilweise blockiert. Zu den blockierten Websites zählt auch die der Diözese Hongkong, die zahlreiche Reden von Kardinal Joseph Zen wiedergibt, einem echten Helden der Religionsfreiheit in China, außerdem die Website von AsiaNews sowie der Katholischen Kirche in Korea, in Singapur, usw.

Evangelische Kirche

Die evangelischen Untergrundgemeinden sind in China von der Verfolgung besonders stark betroffen. Dies ist in erster Linie auf ihre große Zahl zurückzuführen: Evangelische Quellen schätzen, dass es in China mindestens 50 Millionen Gläubige außerhalb der offiziellen Institutionen gibt, die die Kontrolle seitens der Regierung nicht akzeptieren, wie es im offiziellen Verband

der Drei-Selbst-Bewegung geschieht (der alle evangelischen Gruppierungen umfasst). Ein weiterer Grund ist, dass viele evangelische Gemeinden kulturell und sozial stark engagiert sind. Das bringt sie mit intellektuellen Kreisen und Aktivisten in Berührung, die im Namen der auf der biblischen Tradition gründenden Menschenrechte der Politik der Kommunistischen Partei kritisch gegenüberstehen.

Aus diesem Grund läuft seit 2007 in China eine heftige Kampagne gegen die evangelischen Untergrundgemeinden. Ziel dieser Kampagne ist entweder die Einverleibung der Gemeinden in die Drei-Selbst-Bewegung oder deren Schließung (s. Geheimdokument der Partei über die „Normalisierung“ evangelischer Christen in China). Zahlreiche evangelische Christen meldeten, dass sie versucht hatten, ihre Gemeinden registrieren zu lassen. Doch die Polizei wie auch das Büro für religiöse Angelegenheiten verweigerten die Annahme dieser Anträge, weil sie es vorzogen, die Gemeinden in der Illegalität zu belassen, um sie weiterhin Übergriffen aussetzen zu können.

Glaube, Kultur und Menschenrechte

Viele Christen werden durch ihren Glauben angespornt, sich für Menschenrechte und Religionsfreiheit zu engagieren. Zugleich entdecken viele Dissidenten und Aktivisten im christlichen Glauben die menschliche und philosophische Grundlage, um mit vermehrter Kraft für die Menschenrechte in China einzutreten. Die Regierung fürchtet sich vor diesem „Bund“ zwischen sozialem und religiösem Einsatz und verfolgt weiter die einen wie die anderen.

Ein Beispiel für die Verknüpfung zwischen Glauben und Menschenrechten ist das Dokument, das von 80 chinesischen protestantischen Führungspersonlichkeiten (in China und im Ausland) unterzeichnet und anlässlich des 20. Jahrestages des Massakers von Tiananmen (4. Juni 1989) veröffentlicht wurde. Darin wurden die Regierungsmitglieder von Beijing aufgefordert, das Massaker zu bereuen und die Wahrheit einzugestehen.

Quellen

AsiaNews.it
ChinaAid
Chinese Human Rights Defenders (CHRD)
Falun Dafa Information Centre
Gong Jiaobao
Human Rights Watch
Radio Free Asia
Sunday Examiner
South China Morning Post
Tibetan Centre for Human Rights and Democracy
Tripod, Hongkong
Tian Zhu Jiao zai xian www.cccn.org
Ucanews
Xinhua